

## **200 nach Marburg!**

### **Eine unterstützenswerte Forderung mit Konsequenzen für die Infrastruktur**

200 nach Marburg - das ist zugleich Name und Programm einer Marburger Initiative, die sich für die Aufnahme Geflüchteter in unserer Region einsetzt. Und in der Tat sind weder Tod durch Ertrinken auf dem Mittelmeer noch Internierung unter unmenschlichen Bedingungen in europäischen, asiatischen oder afrikanischen Küstenländern Alternativen, die einfachsten moralischen Kriterien standhalten. Die Mitglieder der Initiative denken durchaus global. Die Bekämpfung von Fluchtursachen gehört zu ihren Zielen, kann aber nicht gegen humanitäre Lösungen hier vor Ort aufgerechnet werden. Zuletzt in einem Leserbrief an die Oberhessische Presse vom 16.01.2019 haben die Vertreterinnen von „200 nach Marburg“ ihr Programm beschrieben. [Hier ist der Link](#).

## **Marburg: Guter Wille ist da, aber Wohnungen fehlen!**

Ebenfalls am 16.01.2019 berichtet die Oberhessische Presse über einen [Bericht des Magistrats der Universitätsstadt Marburg zur Situation Geflüchteter](#), der auf eine Anfrage der GRÜNEN hin entstanden ist. Darin wird die Zusage des Oberbürgermeisters bekräftigt, auf jeden Fall 32 Flüchtlinge aufzunehmen, die vom Schiff „Seawatch 3“ gerettet worden sind. Auch der Aufnahme von 200 Menschen zusätzlich zum für Marburg vorgesehenen Flüchtlingskontingent steht er positiv gegenüber. Allerdings wird im Bericht auch deutlich, dass rund 200 geeignete Wohnungen in Marburg fehlen. Zahlreiche Personen mit guter Bleibeperspektive, die sich mit Unterstützung des Kreis-Jobcenters (KJC) eigentlich auf dem normalen Wohnungsmarkt versorgen müssten, finden keine geeignete bezahlbare Bleibe in Marburg. Sie bleiben mangels anderer Möglichkeiten in Gemeinschaftsunterkünften und blockieren dadurch Wohnmöglichkeiten für neu Angekommene.

## **Der Ausweg: 200 nach Marburg-Biedenkopf!**

Vielleicht schafft es ja Marburg trotz aller Anstrengungen momentan nicht aus eigener Kraft, 200 Geflüchtete zusätzlich aufzunehmen. Dann könnte das Programm realistischer Weise „200 nach Marburg-Biedenkopf“ heißen. Flüchtlingsinitiativen im Landkreis haben Knowhow und Ressourcen genug, um es umzusetzen. Vom Landkreis angemietete Flüchtlingsunterkünfte stehen leer. In manchen Gemeinden veröden Dorfkerne infolge des demografischen Wandels. Selbstverständlich wäre an einigen Stellen mehr hauptamtliche Unterstützung notwendig. Insbesondere Sozialarbeiter\*innen fehlen. Auch die Sachbearbeitungskapazität in wichtigen Behörden ist knapp bemessen und müsste dringend erweitert werden. Die Haushaltssituation in unserer Region ist aber günstig. Verbesserungen können derzeit eigentlich nicht am Geld scheitern.

## **Landleben hat seine Tücken.**

Wohnen auf dem Land hat jedoch auch seine Tücken. Kinder müssen zum Arzt, Schwangere zur Vorsorge, Erwachsene zum KJC, zum Sprachkurs oder zur Arbeit und alle zusammen gelegentlich zum Einkaufen. Schon heute wohnen geflüchtete Familien in Ortsteilen, die mehrere Straßenkilometer von der entsprechenden Infrastruktur entfernt liegen. Bahnverbindungen gibt es nicht, und Busse fahren insbesondere außerhalb der Schulzeit zu selten. Einheimische überbrücken diese Lücke mit dem eigenen Auto. Geflüchtete haben keines, und der heimische Führerschein muss in Deutschland neu gemacht werden. Das kostet in der Regel mehr als die Familie zur Verfügung hat. Das KJC gewährt Zuschüsse nur unter sehr restriktiven Bedingungen. Die Betroffenen werden von der Infra-

struktur abgeschnitten.

## **Landleben gern, aber mit Mobilität und Infrastruktur!**

Autos vom Land gelten in der Marburger verkehrspolitischen Diskussion oft als Störenfriede, die nur die Innenstadt verstopfen und verpesten. Selbst wenn Flüchtlinge welche hätten und sie auch fahren dürften, wären sie unter Umständen in der heimischen Metropole nicht gern gesehen. Gut getakteter und kostenfreier oder zumindest kostengünstiger ÖPNV wäre sicher die ökologisch und ökonomisch bessere Lösung. Aber eine mit dem Marburger Stadtpass vergleichbare Sozialleistung gibt es im Landkreis nicht. Da sind Erwachsene schnell einmal mehr als zehn und Familien zwanzig Euro los, wenn sie von der Peripherie des Landkreises in die Stadt und zurück müssen. Von häufig katastrophal schlechten Fahrplänen braucht man gar nicht erst zu reden. Wohnraumbeschaffung für Geflüchtete im Umland wäre also ein Schritt zur Behebung des Marburger Wohnungsmanagements und damit ein wichtiger Beitrag für die Realisierung der Forderung „200 nach Marburg-Biedenkopf“. Aber daran werden auch Probleme der Infrastruktur klar, die gleichzeitig angegangen werden müssen.

## **Dreht sich schon wieder alles nur um Flüchtlinge?**

Hilfen nur für Geflüchtete sind vermutlich keine nachhaltige Lösung. Man kann sich einschlägige Leserbriefe in der OP schon heute vorstellen. „Den Flüchtlingen wird alles reingeschoben, und arme deutsche Familie gucken in die Röhre!“ So wäre der Tenor, und er wäre auch in diesem Fall falsch. Aber eines ist richtig: Je weniger Geld Menschen zur Verfügung haben, um so mehr sind sie auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen. Das gilt für neu zugewanderte und alteingesessene Hartz-IV-Empfänger gleichermaßen. Lösungen für die einen gegen die anderen werden nicht greifen und nur Vorurteile verstärken. Wir brauchen also ein integriertes Konzept zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur. Und es bestätigt sich eine Lehre, die wir auch aus anderen Zusammenhängen kennen: Was gut für bedürftige Flüchtlinge ist, muss auch gut für bedürftige Einheimische sein.

## **Eine Aufgabe für die Politik**

Vermutlich steht der Landkreis Marburg-Biedenkopf im hessischen Vergleich sogar recht gut da. Hier sind die Randbedingungen für eine Verbesserung der Infrastruktur günstig. Die heimische Politik stellt im hessischen Landtag eine Ministerin, einen Minister, einen Staatssekretär, zwei Abgeordnete der CDU und der LINKEN, eine Abgeordnete der SPD, der GRÜNEN und einen der AfD. Schwarz-grün im Land, GroKo im Landkreis und ZIMT in der Universitätsstadt Marburg schaffen für die Parteien unterschiedliche politische Farbkonstellationen, die wechselseitige Blockaden eigentlich verhindern sollten. Aus den Reihen der Flüchtlingsinitiativen kommt schon lange der Vorschlag:

**Setzt Euch zusammen und geht die Probleme an!  
Dann bleiben weder die Forderung „200 nach Marburg-Biedenkopf“  
noch die Verbesserung der Infrastruktur Utopien.  
Die Ehrenamtlichen in Stadt und Landkreis spielen mit.**